

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP**

### **Entschließung zu Stuttgart 21**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag von Baden-Württemberg unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen um das Gesamtprojekt Neubaustrecke Stuttgart–Ulm/Stuttgart 21 und die Initiative, möglichst rasch eine Grundsatzentscheidung über die Realisierung dieses Gesamtprojektes herbeizuführen. Das Vorhaben wird den Herausforderungen an eine langfristig leistungsfähige Schienenverkehrsinfrastruktur auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten am besten gerecht. Dies gilt für die Stadt Stuttgart, für die Region und für Baden-Württemberg insgesamt:

Das Gesamtprojekt mit Neubaustrecke und Stuttgart 21 ist *verkehrs- und umweltpolitisch sinnvoll, weil*

- \* die Anbindung des Landesflughafens und der Landesmesse Synergieeffekte schafft, die Wettbewerbsfähigkeit von Flughafen und Messe fördert und die Verknüpfung der Verkehrsträger Straße, Auto, Flugzeug und Bahn ein optimiertes und modernes Verkehrskonzept ermöglicht, an dem auch der Bund ein verkehrspolitisches Interesse haben muss;
- \* die bahnbetriebliche Leistungsfähigkeit des Bahnknotens Stuttgart für den Fern- und den Regionalverkehr erheblich gesteigert wird und dadurch eine nachhaltige Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene möglich wird, was insbesondere unter dem Aspekt des Klimaschutzes dringend erforderlich ist.

Das Gesamtprojekt mit Neubaustrecke und Stuttgart 21 ist *für die Platzierung des Landes im zusammenwachsenden Europa besonders bedeutsam, weil*

- \* das Projekt die Einbindung des gesamten Landes in das europäische und das deutsche Schienennetz der Zukunft sichert und Baden-Württemberg zu einem zentralen Teil der europäischen Magistrale Paris–Bratislava macht;
- \* Baden-Württemberg durch kürzere Reisezeiten näher an zentrale europäische Regionen in Ost und West heranrückt. Ohne die Realisierung des Projekts besteht die Gefahr, dass die großen Verkehrsmagistralen am Land vorbeilaufen und Baden-Württemberg in einen Verkehrsschatten gerät. Dies hätte langfristig sehr negative Auswirkungen auf den Standort Baden-Württemberg;
- \* auch die Europäische Kommission willens ist, das Projekt mit TEN-Mitteln zu fördern.

Das Gesamtprojekt mit Neubaustrecke und Stuttgart 21 ist aus *struktur- und landespolitischen Gründen sinnvoll, weil*

- \* Baden-Württemberg als eine der wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands und Europas durch seine zentrale Lage in Europa und durch seine Exportstärke in besonderem Maße auf schnelle und leistungsfähige Verkehrswege angewiesen ist. Das Land benötigt gerade als wirtschaftsstarkes Land eine Infrastruktur, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts genügt, um auch künftig in der Lage zu sein, seinen solidarischen Beitrag gegenüber den anderen Ländern mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland leisten zu können;
- \* das Projekt ein zentrales Element zur Verbesserung der verkehrlichen Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist und damit einen maßgeblichen Einfluss auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätze hat;
- \* die NBS Stuttgart–Ulm mit Stuttgart 21 und der Anbindung von Flughäfen und Landesmesse für alle Teile des Landes von herausragender Bedeutung ist und auch im Bereich des Nahverkehrs zu erheblichen Fahrzeitverkürzungen führen wird.

Auch wirtschaftlich spricht nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen alles für das Gesamtprojekt von Neubaustrecke Stuttgart–Ulm und Stuttgart 21, weil die Kosten gerecht auf viele Schultern verteilt werden.

2. Der Landtag begrüßt den parteiübergreifenden Konsens zum Gesamtkonzept und fordert alle gesellschaftlichen Kräfte zur Unterstützung des Vorhabens auf. Er begrüßt die klare Zusage der Landesregierung, durch eine Vorfinanzierung zur raschen Realisierung des Projekts beizutragen.
3. Der Landtag anerkennt die klare Aussage der Bahn und des Verbandes Region Stuttgart zugunsten des Projekts und deren konstruktive Signale in den bisherigen Verhandlungen.
4. Der Landtag begrüßt ferner, dass sich CDU, SPD und FDP auch in der Landeshauptstadt Stuttgart nachdrücklich für die Umsetzung von Stuttgart 21 ausgesprochen haben. Der Landtag geht daher davon aus, dass die Stadt Stuttgart auch künftig wesentlich zum Erfolg des Projektes beitragen und einen interessensgerechten Beitrag einbringen wird.
5. Angesichts dieser breiten und landesweiten Unterstützung fordert der Landtag die Bundesregierung auf, die endgültige Weichenstellung für das Gesamtprojekt Neubaustrecke Stuttgart–Ulm/Stuttgart 21 noch in diesem Jahr vorzunehmen und die notwendigen Gelder hierfür bereit zu stellen.

28. 09. 2006

Mappus  
und Fraktion

Vogt  
und Fraktion

Dr. Noll  
und Fraktion